

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 10

Artikel: Innenpolitische Rundschau
Autor: Spectator
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewaltverzicht der BRD gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten (einschliesslich der DDR) könnte sich hier nicht nur als «eine sublimen Form der Erfüllung der östlichen Forderungen nach Hinnahme des territorialen Status quo» erweisen (Wolfgang Wagner), sondern gleichzeitig der wichtigen atmosphärischen Entspannung zum Durchbruch verhelfen. Durch die Unterzeichnung des Nichtweiterverbreitungsvertrages hat Bonn auch in diesem Bereich bereits einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet. Nun wird es darauf ankommen, ob aus Osteuropa entsprechende Zeichen der Bereitschaft zum Ausgleich kommen. Eine Verständigung mit Polen über seine Westgrenze wird gesamteuropäisch nur sinnvoll sein, wenn Warschau die Zusammengehörigkeit der deutschen Nation anerkennt, denn nur mit dieser und nicht mit der BRD allein hat Polen eine gemeinsame Grenze.

Gespräche in Moskau

Ein Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau müsste mit einem Verzicht der UdSSR

auf das aus der UN-Charta abgeleitete Interventionsrecht gegenüber der BRD verbunden sein. Moskaus Bereitschaft zum Ausgleich muss sich aber auch am neuralgischsten Punkt, Berlin, erweisen. Die Reaktion auf die von den Westmächten eingeleitete Berlin-Initiative muss erkennen lassen, ob Moskau zu mehr als nur einer willkürlich gewählten und stets kündbaren Abstinenz vom Sticheln an diesem Punkt bereit ist. Davon wie auch von der innerdeutschen Kooperationsfreudigkeit Ost-Berlins wird es wiederum entscheidend abhängen, wann es zu der von Bundeskanzler Brandt im Prinzip begrüßten europäischen Sicherheitskonferenz kommen kann.

Die Bundesregierung erwartet erklärermassen keine schnellen Ergebnisse ihrer Politik der Bewegung, deren Leitsatz ist: «Keine Angst vor Experimenten.» Aber es wird, vor allem für Ost-Berlin, nicht leicht sein, sich gegen alle Entspannungsversuche zu sperren, ohne schliesslich selbst, auch von der eigenen Öffentlichkeit, im Bremserhäuschen entdeckt zu werden.

Walther Stützle

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Klimawandel

Der letzte Monat der sechziger Jahre fiel nicht aus dem Rahmen dieses für schweizerische Begriffe recht bewegten Dezeniums. Öffentliche Kontroversen und parlamentarische Debatten liessen im Dezember nochmals jene merkwürdige Grundstimmung unserer Tage aufscheinen, deren Ursprung schwer zu lokalisieren und deren Charakter kaum exakt zu definieren ist, wenn man über generalisierende Schlagworte wie Unrast, Unlust auf der einen, Satttheit, Stagnation auf der andern Seite hinausgehen will. Es wird noch einiger analysierender Arbeit bedürfen, bis dieser merkwürdig widersprüchliche «Zeitgeist» transparent genug erscheint, um einen gültigen Bestandteil unseres Zeitbewusstseins abzugeben.

Eines aber steht schon jetzt eindeutig fest: Die sechziger Jahre werden im Rückblick späterer Zeiten als eine Periode zunächst unmerklichen, dann aber immer stürmischeren Klimawandels erscheinen. Sie brachten zumindest in bezug auf das Zeitbewusstsein das definitive Ende der «Nachkriegszeit». Hatten die fünfziger Jahre im Zeichen des Wiederaufbaus gestanden – in der unversehrten Schweiz ging es weniger um die Überwindung von Kriegsfolgen als vielmehr um die Bewältigung des wirtschaftlichen Krisenschocks der dreissiger Jahre sowie der Durststrecke der Zeit der Grenzbesetzung –, so brach sich in den sechziger Jahren endgültig die «Wohlstandsgesellschaft» Bahn.

Dieser «Durchbruch» war vor allem psychologischer Art. Hatte man zuvor der andauernden Wirtschaftsblüte nicht so

recht getraut – es war immer wieder von drohenden Rückschlägen die Rede –, so richtete sich der Mensch der sechziger Jahre nun sozusagen definitiv im Wohlstand ein. Dazu kam das Mündigwerden einer Generation, die den Kampf um Demokratie und Freiheit ebenso wie die harten Jahre der Wirtschaftskrise nur noch vom Hörensagen kannte. So veränderte sich die Optik der Öffentlichkeit zusehends. Je selbstverständlicher das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität wurden, um so schärfer wurden die Blicke nicht nur der intellektuellen Jugend für manche Schattenseiten des Wohlstandes und der Konkordanzdemokratie. Auf dem Hintergrund dieses Klima- und Bewusstseinswandels müssen auch verschiedene Kontroversen und «Krisen» der letzten Zeit verstanden werden.

Das «Rote Büchlein» als Prügelknabe

Dazu gehört vor allem auch die Kontroverse um das Zivilverteidigungsbuch, die in der Dezembersession sogar beide Kammern der eidgenössischen Räte beschäftigt hat. Das «Rote Büchlein», das die Bevölkerung auf die Realität eines totalen Kriegs vorbereiten will, ist gewissermassen stellvertretend in den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung gerückt, in der es im Grunde um das Selbstverständnis dieses Staates und seiner Position in der Umwelt geht.

Gewiss haben in Friedenszeiten Anleitungen zu «kriegsgerechtem» Verhalten zum vorneherein etwas Problematisches an sich; und gewiss gibt es im Zivilverteidigungsbüchlein Abschnitte, über deren Gestaltung man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein mag. Doch dies allein kann die Schärfe der Auseinandersetzung nicht erklären. Der tiefere Grund der teilweise bitterbösen Polemiken liegt darin, dass es Kreise in unserer Volke gibt, die den verteidigungsfähigen Kleinstaat schweizerischer Tradition als Anachronismus empfinden. Er passt nicht ins Bild einer utopischen Gesellschaftstheorie, mit der gegenwärtig einmal mehr versucht wird,

die «gute Ordnung» an sich zu kreieren, ohne Rücksicht auf frühere Erfahrungen mit ähnlichen Lehren.

Die ganze Strömung ist nicht ungefährlich, und zwar vor allem wegen des eingangs erwähnten allgemeinen Stimmungshintergrundes. Man darf sich nicht durch die Tatsache täuschen lassen, dass es sich im Grunde um eine kleine, wenn auch lautstarke Schicht von engagierten Kreuzrittern für eine «neue Gesellschaft neuer Menschen» handelt. Die Resonanz dieser Gruppe ist auch in einer breiteren Öffentlichkeit beträchtlich, weil der Globalverdacht gegenüber dem Staat und seiner Autorität heutzutage stark in Mode ist.

«Antifaschismus» mit faschistischen Methoden

Nicht die Tatsache der Kritik selbst mutet dabei bedenklich an, sondern der Umstand, dass die *Form* dieser Kritik von immer breiteren Kreisen ohne weiteres hingenommen zu werden scheint. Da gibt es Schriftsteller von berechtigtem literarischem Ansehen, die weithin unwidersprochen bleiben, wenn sie lauthals verkünden, Vaterland und Heimat seien faschistische Begriffe. Da rührt sich kaum eine Hand, wenn Jugendgruppen Bücherverbrennungen wie weiland im Tausendjährigen Reiche veranstalten, oder wenn Magistratspersonen in unflätigster Weise diffamiert und mit Schmutz beworfen werden.

Dass es Leute gibt, die kaltschnäuzig und grosszügig mit dem Begriff Faschismus um sich schmeissen und dabei nicht zu realisieren scheinen, wie sehr gerade sie in ihrer Denkart und in ihren Methoden faschistischen Grundhaltungen verbunden sind, mag noch hingehen. Das hat es immer wieder gegeben, und es wird uns auch in Zukunft nicht erspart bleiben. Dass aber offenbar unser öffentliches Klima bereits so stark «umfunktioniert» worden ist, dass solche Leute mit ihrem Verhalten gar nicht mehr weiter auffallen, ist ein Sachverhalt, der denn doch zu schwersten Bedenken Anlass geben muss. Wenn hier nicht innert nützlicher Frist eine Kopfreini-

gung möglich ist, wenn es nicht gelingt, unsere Staatsform des Gesprächs von diesen Elementen eines selbstzerstörerischen politischen Ungeistes zu entlasten, dann werden uns die kommenden Jahre innenpolitische Beschwerden bringen, im Vergleich zu denen die Schwierigkeiten der sechziger Jahre als harmlose Präludien erscheinen.

Die abnehmende Hellhörigkeit der Öffentlichkeit ist dabei nicht nur eine Folge sich mehr und mehr verwischender Begriffe und Massstäbe. Sie muss vielmehr auf dem Hintergrund eines politischen Alltags gesehen werden, der sich immer stärker vom einzelnen im Sinne eines aktiv mithandelnden Bürgers entfernt. Und selbst die Politiker verlieren sich immer mehr im Dickicht der Einzelfragen; selbst sie sind es nicht mehr gewohnt, von eindeutigen Ordnungsvorstellungen her zu denken und zu debattieren. So verwischen die Konturen der Politik wie der Sprache der Politik, und die «Propheten» einer «neuen Gesellschaft» brechen mit ihrem schillernden und blitzenden Wortschatz in ein Vakuum ein, das sie weidlich ausnützen.

Vor einem schweren Fechtgang

Zu den unerfreulichen Blüten dieses Zeitgeistes ist auch die zweite Überfremdungsinitiative zu zählen. Sie wird dem Schweizer Volk in nächster Zeit eine schwere Auseinandersetzung mit äusserst unerfreulichen Perspektiven bescheren. Darüber kann auch ein parlamentarischer Entscheid, der an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, nicht hinwegtäuschen: Mit 136 zu 1 Stimme hatte sich der Nationalrat in der Dezembersession gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Gerade die Parlamentarier sind aber erfahren und hellhörig genug, um sich trotz diesem Beschluss keinen Illusionen hinzugeben. Der Fremdenhass, der von den Initianten anvisiert und auch als wahlpolitisches Vehikel benützt worden ist, stellt keine isolierte Erscheinung dar, die sich bloss auf den Kreis der Unterzeichner des Volksbegehrens beschränkt. Unterschwellig gärt es längst

in weiteren Schichten. Auch hier zeigt es sich: Je mehr wir uns an den Wohlstand gewöhnen, um so weniger sind wir bereit, den Preis dafür gebührend zu würdigen. Dass die Fremdarbeiter wesentlich zu dieser Wirtschaftsentwicklung beigetragen haben, wird heutzutage vielfach allzu leicht vergessen gegenüber den menschlichen Begleiterscheinungen ihrer ökonomisch bedingten Anwesenheit.

Parteien und Gewerkschaften werden hier ein beträchtliches Mass an Aufklärungsarbeit zu leisten haben, wenn nicht ein Volksentscheid zustande kommen soll, der nicht nur dem wohlverstandenen öffentlichen Interesse, sondern auch den humanitären Grundsätzen unseres Landes zuwiderlaufen würde. Das blosses Nein wird dabei allerdings nicht genügen. Das Überfremdungsproblem ist eine Realität, der mit angemessenen Mitteln begegnet werden muss. Der Verlauf der Abstimmungskampagne wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit Behörden und Politiker in der Lage sind, der Volksinitiative überzeugende Alternativlösungen gegenüberzustellen.

Schreckgespenst Teuerung

Dass 1970 mit einer stark anschwellenden Teuerung zu rechnen sein werde, falls nicht wirksame konjunkturpolitische Eingriffe erfolgen, darüber ist man sich allgemein einig. Was allenfalls getan werden könnte, das liegt indessen weniger klar zutage. Eine von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern empfohlene Möglichkeit, jene der Aufwertung des Schweizerfrankens, stellt sich im Augenblick nicht. Sie hätte schon bald nach der deutschen Aufwertung erfolgen müssen, um volle Wirkung zu erzielen. Andere Massnahmen werden gegenwärtig noch diskutiert; doch macht es den Anschein, dass sie selbst in ihrer Summe kaum ausreichen werden, um die Welle wirksam zu steuern.

Einmal mehr werden wir also von der Entwicklung überrannt, ohne dass die nötigen Instrumentarien rechtzeitig bereitgestellt worden wären. Hierfür den Bundesrat

allein verantwortlich zu machen, wie dies immer wieder geschieht, geht indessen nicht an. In unserer direkten und föderalistischen Demokratie ist die Verantwortung so vielfältig abgestuft und so breit abgestützt, dass man geneigt ist, von einer «Kollektivschuld» zu sprechen. Man muss sich fragen, wieviel an negativen Erfahrungen noch nötig ist, bis es möglich sein wird, unsere staatlichen Organe konjunkturpolitisch handlungsfähiger zu machen.

Baselland und Baselstadt

Am ersten Dezemberwochenende entschieden die Stimmbürger der beiden Basler Halbkantone darüber, ob *ein* Kanton geschaffen werden solle. Baselland, das 1958 noch einen deutlichen Ja-Überschuss aufgewiesen hatte, als ein entsprechender Paragraph in die Verfassung aufgenommen werden sollte, lehnte nun recht deutlich ab. Damit dürfte das Kapitel Wieder-

vereinigung für längere Zeit aus Abschied und Traktanden fallen.

Der Entscheid ist ein Hinweis darauf, dass der Bürger nicht ohne weiteres bereit ist, aus den wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Veränderungen entsprechende Konsequenzen in bezug auf die politische Ordnung und Gliederung zu ziehen. Insofern mutet der Ausgang des Urnengangs eminent schweizerisch an. Selbst verhältnismässig junge Gemeinwesen ohne wirtschaftsgeographische Geschlossenheit weisen sich trotz der mobiler gewordenen Gesellschaft – oder vielleicht gerade deswegen – über ein erhebliches Mass an Eigengewicht und Zählebigkeit aus, das alles andere denn unsympathisch wirkt. Wesentlich wird nun sein, dass die hängigen Probleme zwischen den beiden Halbkantonen trotzdem Lösungen finden werden, die den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Schweizerische Aufwertungsdiskussion

Die Zeichen eines sich gefährlich aufbauenden *Nachfrageüberhanges* mehren sich in unserem Lande. Dies hat kürzlich auch die Kommission für Konjunkturfragen mit aller Deutlichkeit festgestellt. Der in der Schweiz schon seit langem erkennbare Trend zur Überforderung der produktiven Kräfte der Wirtschaft ist durch die Aufwertung der D-Mark noch akzentuiert worden; für die Zahlungsbilanzüberschussländer kommt die Wechselkursänderung in der Bundesrepublik einem teilweisen Import des deutschen Überdruckes gleich. Diese Situation hat in der Schweiz auch das konjunkturpolitische Gespräch angeheizt; auf dem Boden dieser Auseinandersetzung ist nun erstmals auch die Wechselkurspolitik bzw. eine *Aufwertung* des Schweizerfrankens ins Gespräch gekommen. Damit hat die konjunkturpolitische

Diskussion nicht eine unerwartete, aber immerhin insofern eine bemerkenswerte Richtung eingeschlagen, als die Wechselkurspolitik bisher tabu war.

Die Schweiz hat sich damit, allerdings mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, einem Trend «angeschlossen», der in andern Ländern schon seit einiger Zeit sichtbar war: dem Einbezug der Wechselkurspolitik in die öffentliche konjunkturpolitische Auseinandersetzung. Bundesrat Celio hat im Laufe der vergangenen Wochen einige Male kategorisch versichert, dass eine Änderung der Parität des Schweizerfrankens *nicht* in Betracht komme – und es ist im Blick auf die in unserem Lande herrschende Konstellation kein Grund zu sehen, weshalb man dieser Versicherung nicht Glauben schenken sollte.

Es ist natürlich zutreffend, dass die unserem Lande drohende Beschleunigung der Geldentwertung sowohl aussenwirt-